

PRESSEMITTEILUNG

Landesregierung erhöht Förderung für Jüdische Gemeinden

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Juri Rosov haben heute im Anschluss an die Kabinettsitzung eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

Sie regelt die finanzielle Unterstützung des Landes für die Jüdischen Gemeinden im Land. Die Zuwendungen werden von aktuell 765.000 Euro in diesem Jahr auf 1 Million Euro im Jahr 2027 deutlich angehoben. In den Jahren steigen sie kontinuierlich weiter an, auf 1,025 Mio. Euro im Jahr 2028, 1,050 Mio. Euro im Jahr 2029, 1,075 Mio. Euro im Jahr 2030 und auf 1,100 Mio. im Jahr 2031 Euro.

„Die Landesregierung sieht in der Arbeit der Jüdischen Gemeinden in Schwerin und Rostock eine Bereicherung für unser Land. Für die Kultur und auch für den sozialen Zusammenhalt. Die Landesregierung hat deshalb sehr unterstützt, dass der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in unsere Landesverfassung aufgenommen worden ist. Diesen Verfassungsauftrag setzen wir mit der Gemeinsamen Erklärung um“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bei der Unterzeichnung.

„Im Namen des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern bedanke ich mich bei der Landesregierung ausdrücklich für die 30 Jahre der großartigen Unterstützung. Nur so konnten unsere Gemeinden leben, funktionieren und aufblühen. Die politischen Kräfte, die die Streichung der Finanzierung von religiösen Organisationen anstreben, wollen eigentlich das Jüdische Leben im Land auslöschen. Nicht zum ersten Mal übrigens“, sagte der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Juri Rosov.

Die Landesregierung setzt damit den zwischen dem Land und den Jüdischen Gemeinden im Jahr 1996 geschlossenen Staatsvertrag fort. Dieser regelt neben der Anerkennung jüdischer Feiertage und der Friedhofs- und Denkmalpflege auch, dass die finanziellen Leistungen des Landes an die jüdischen Gemeinden alle 5 Jahre einer Überprüfung unterzogen werden müssen.

MP

Schwerin, 23.06.2026

Nummer: 153/2026

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2–4
19053 Schwerin
Telefon: +49 385 588-1040
Telefax: +49 385 588-1048
E-Mail: Pressestelle@stk.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Andreas Timm